



Plenarsitzung 11, 07.11.2012
TOP 6 – Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur
Änderung des Staatsvertrages zum Glückspielwesen
in Deutschland

Seite 1 von 2

Rede von Michele Marsching, MdL

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

„Informiere dich und denk selbst“, so lautet ein wichtiger Piraten-Leitspruch. Als ich in den Landtag gekommen bin und die Betriebsamkeit gesehen habe, bin ich erfreut davon ausgegangen, dass dieses Credo auch für den Landtag gilt, hier Entscheidungen auf sachlicher Basis und mit Verstand entschieden werden. Auf dieser Grundlage bin ich davon ausgegangen, dass die Anhörung der Experten im Hauptausschuss zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag dazu dienen sollte, Schwachstellen an diesem Regelwerk aufzudecken. Falsch. Es handelte sich um eine reine Alibiveranstaltung, die lediglich von einer Tatsache ablenken sollte: Bei diesem Gesetz geht es nicht um den Spielerschutz, den Jugendschutz oder Suchtprävention. Es geht um Geld. So ehrlich sollten wir sein.

Ein großer Teil der Lottereeinnahmen kommt der Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege zu Gute, ca. $\frac{3}{4}$ fließen direkt in den Staatssäckel. Aus dem Vermögen dieser Stiftung unterstützt das Land Menschen mit Behinderungen, alte Menschen und benachteiligte Kinder. Ohne diese 93 Millionen Euro müsste das Land auf andere Steuereinnahmen zurückgreifen. Warum sagen wir das nicht genau so? Wir Piraten setzen uns für Transparenz ein. Ein Begriff, der seit unserem Einzug in dieses Parlament plötzlich von sämtlichen Fraktionen ständig benutzt wird. Aber was bedeutet Transparenz eigentlich? Transparenz meint, dass der Bürger versteht, warum Dinge passieren. Dann reden Sie doch bitte Klartext, statt Ihre wirklichen Beweggründe mit Pseudo-Anhörungen von Experten zu verschleiern.

Hätten Sie den Vertretern der betroffenen Gruppen, den Wissenschaftlern und Juristen ernsthaft zugehört, wäre Ihnen so einiges aufgefallen:

Ihnen wäre aufgefallen, dass diese Regelung für eine Suchtprävention gar nicht wirklich geeignet ist. 80 bis 90 Prozent der Spielsüchtigen sind automaten-süchtig. Doch der Großteil der Automatenaufsteller fällt überhaupt nicht unter diesen Staatsvertrag.

Ihnen wäre aufgefallen, dass die im Gesetz verankerten Übergangsregelungen die Unternehmen begünstigt, die sich künstlich schlecht rechnen. Seriöse Firmen, die den Jugendschutz ernstnehmen und dadurch weniger Umsatz generieren, bleiben auf der Strecke.



Ihnen wäre aufgefallen, dass es naiv ist, zu glauben, dass 2,5 Millionen Online-Poker-Spieler dank dieses Vertrags vom Onlinepokern auf staatliche Lotterien umsteigen. Das werden sie nicht tun. Sie werden einfach die Angebote ausländischer oder unkonzessionierter Anbieter nutzen, wer davor die Augen verschließt, hat das mit diesem Internet einfach noch nicht verstanden.

Mit der Folge, dass sie in der Illegalität spielen.

Mit der Folge, dass wir ohne Kontrolle mit der möglichen Spielsucht dieser Menschen leben müssen.

Mit der Folge, dass uns weder die daraus resultierenden Steuereinnahmen zu Gute kommen, noch die Möglichkeit bleibt, im Rahmen der deutschen Gesetzgebung auf diese Unternehmen Einfluss zu nehmen. Sie wollen Geldflüsse überwachen, um damit Zahlungen an illegale Glücksspielanbieter aufzudecken? Eine weitere Behörde, die Zugriff auf die Kontodaten aller Einwohner bekommt, können wir Piraten nicht akzeptieren, dafür ist Datenschutz für uns ein zu hohes Gut.

Aufgefallen wäre Ihnen auch, dass es sich bei zahlreichen Passagen des Gesetzes um sinnlosen Aktionismus handelt. Daran ändert auch der Änderungsantrag von Rot-Grün nichts! ... oder was für einen Vorteil soll es bringen, dass Spielstätten nun 350 statt 250 Meter voneinander entfernt sein müssen? Wie wollen Sie es rechtfertigen, die Glücksspiel-Lizenzen auf die willkürliche Anzahl von 20 zu beschränken? Warum bitte schön dürfen Testspieler, die die Einhaltung von Gesetzen überprüfen sollen, nur noch von den Unternehmen selbst beauftragt werden? Sowohl europäischem als auch deutschem Recht wird dieses Gesetz höchstwahrscheinlich nicht standhalten.

Das alles hätten wir aus den Anhörungen lernen und das Gesetz entsprechend nachbessern können. Aber eine gemeinsame Auswertung der Veranstaltung fand einfach nicht statt. Stattdessen werden wir Piraten als unwissende Neulinge lächerlich gemacht und mit einem Satz abgespeist wie „Tja, wir haben unsere Auswertung der Anhörung gemacht. Wenn ihr das nicht macht, können wir ja nichts dafür!“

Was ich aus der Farce gelernt habe, die Sie aus dieser großen und aufwändigen Befragung gemacht haben? Dass diese Expertenrunde nichts anderes als eine große Verschwendung von Steuergeldern war! Der gescheiterte Versuch, eine politische Meinung zu untermauern, durch die Fakten und Expertenaussagen gestürzt.

Wir Piraten sind in den Landtag gekommen, um uns für eine andere Form von Politik einzusetzen. Wir stehen für Transparenz, wir stehen für Teilhabe, und wir stehen vor allem für eines – Ehrlichkeit!

Vielen Dank.